



Sichere Finanzierung in unsicheren Zeiten

Hartmut Schauerte MdB, Vorsitzender MIT NRW, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Beauftragter der Bundesregierung für den Mittelstand.

Bei vielen Mittelständlern in Deutschland geht seit Monaten die Angst vor der berüchtigten „Kreditklemme“ um. Dass sich Unternehmer um den sicheren Zugang zu Finanzierungsmitteln sorgen, liegt auf der Hand. Schließlich war Auslöser der tiefsten Rezession seit Gründung der Bundesrepublik eine globale Finanzkrise in nie dagewesenem Ausmaß, die den Kapitalmarkt an den Rand des Kollapses trieb und weltweit Banken in den Abgrund gerissen hat. Gerade in Deutschland wird nach wie vor mittelständische Unternehmensfinanzierung traditionell überwiegend durch Fremdkapital und eine über lange Zeit gewachsene Hausbankbeziehung organisiert.

Glücklicherweise sind wir bislang von einer echten Kreditklemme verschont geblieben. Das Volumen ausgereicher Darlehen hat sich sogar ausgeweitet (laut Bundesbankstatistik betrug das Kreditvolumen an Nichtbanken im Inland Ende Februar 2009 rund 2.700 Mrd. Euro, 2008 waren noch 2.577 Mrd. Euro). Die in der Vergangenheit von vielen als antiquiert belächelte Dreigliedrigkeit unserer Kreditwirtschaft erweist sich nun als regelrechter Schatz. Denn die in der breiten Fläche vertretenen Genossenschaftsbanken und Sparkassen vor Ort stehen zuverlässig an der Seite Ihrer Firmenkunden. Kleinbetrieben, Handwerkern und Selbstständigen garantiert das eine sichere Finanzierung in diesen stürmischen Zeiten. Allerdings wollen oder können viele Banken zunehmend weniger Risiken aus den Unternehmensfinanzierungen übernehmen. Zu den eigenen Refinanzierungsschwierigkeiten kommen negative Signale der Unternehmen über eigene Absatzerwartungen durch den Abschwung hinzu. Das Kreditvergaberrisiko wird somit für die Institute ungewisser und sie reagieren mit erhöhten Anforderungen, strengeren Bonitätsprüfungen oder teureren Konditionen. Gerade für den industriellen Mittelstand, exportabhängige Branchen oder größere Familienunternehmen ist es schwieriger geworden, an frisches Geld etwa für großvolumige langfristige Investitionsvorhaben zu kommen.



Eine weiter zunehmende Zurückhaltung der Banken bei der Kreditvergabe würde sich verheerend auf kleine und mittlere Unternehmen auswirken. Für die Bundesregierung hat deshalb das Vermeiden einer echten Kreditklemme seit Monaten höchste Priorität. An erster Stelle musste dazu der Kapitalmarkt selbst stabilisiert und die Geldversorgung generell durch einen Bürgerschafts- und Rekapitalisierungsrahmen von 500 Mrd. Euro gesichert werden. Was gerne als „Bankenrettungsschirm“ bezeichnet wird, war und ist in Wirklichkeit ein Schutzschild nicht nur für Privatsparer, sondern vor allem für die gesamte Realwirtschaft. Denn ohne funktionierenden Bankensektor wäre jedes Wirtschaften unmöglich geworden. Das gleiche gilt für die Schaffung von „Bad Banks“. Die Entlastung der Bankbilanzen von toxischen oder illiquiden Papieren verfolgt nicht das Ziel, Spekulationsverluste auf Kosten der Steuerzahler zu sozialisieren, sondern den unverzichtbaren Kapitalfluss wieder richtig in Schwung zu bringen. So zynisch es klingen mag, wenn man an die Verursacher der Krise denkt: All das ist „Mittelstandspolitik pur“ – Denn wenn der Himmel einstürzt, sind bekanntlich alle Spatzen tot.

Die Unternehmen können nicht warten, bis der Geldkreislauf wieder ungestört rund läuft. Deshalb hat die Bundesregierung eine Vielzahl von zusätzlichen Brücken gebaut, die helfen solange sich die Lage noch nicht wieder normalisiert hat. 15 Milliarden Euro stehen seit Herbst letzten Jahres in einem KfW-Sonderprogramm allein für Betriebsmittel- und Investitionskredite im Mittelstand zur Verfügung. Im zweiten Konjunkturpaket wurde mit dem „Wirtschaftsfonds“ zusätzlich ein Kredit- und Bürgerschaftsprogramme von 100 Mrd. Euro aufgelegt, zu dem auch größere Unternehmen Zugang haben. Wie bei den bereits bestehenden Förderprogrammen sind die Anträge in der Regel über die Hausbanken zu stellen. Bei großen Summen sind die Landesbürgerschaftsbanken und der Bund Ansprechpartner. Eine sehr hohe Haftungsfreistellung – bis zu 90% für Investitionskredite und 60% für Betriebsmittelkredite an Mittelständler – stellt sicher, dass dieses zusätzliche Liquiditätsangebot schnell an die Unternehmen weitergereicht wird. Drei Bedingungen müssen erfüllt sein, um in den

+++ Termine +++ Termine +++

17.06.2009

Dr. Josef Schlarmann, Bundesvorsitzender der MIT
Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise als Herausforderung für den Mittelstand
eine Veranstaltung der MIT Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Hotel zur Post in Stukenbrock, 19.30 Uhr

08.08.2009

4. Troisdorfer MIT-Sommernacht
Walddcafe Haus Ravensberg in Troisdorf, ab 18.30 Uhr

27.08.2009

u.a. NRW-Wirtschaftsministerin Christa Thoben
Jungunternehmergespräche 2009
„Mit Power durch die Krise!“
gemeinsame Veranstaltung von MIT NRW und Junger Union NRW
Erich-Brost-Saal auf der Kohlenwäsche der Zeche Zollverein in Essen, ca. 18.30 Uhr

Viele weitere Termine finden Sie auf unseren Internetseiten www.mit-nrw.de.

+++ Termine +++ Termine +++

Fortsetzung von Seite 1

Genuss einer solchen Unterstützung zu kommen: Erstens muss die Firma vor der Krise im Kern gesund gewesen sein. Zweitens sollte die Wirtschafts- und Finanzkrise ursächlich für die eigenen Finanzierungsschwierigkeiten sein. Drittens wird eine gute Zukunftsperspektive für das Geschäftsmodell erwartet. Damit stellen wir sicher, dass Missbrauch und Mitnahmeeffekte möglichst gering ausfallen. Alle diese Mittel werden außerdem zu Marktbedingungen eingesetzt, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

Weil Namen großer taumelnder Konzerne seit Wochen die Schlagzeilen bestimmen, entsteht leicht der falsche Eindruck, wieder einmal kümmere sich die Politik allein um die dicken Fische und lasse den Mittelstand links liegen. Das Gegenteil ist der Fall; das beweist die aktuelle Zwischenbilanz: Mitte Mai lagen rund 1.000 Anträge mit einem Gesamtvolumen von ca. 4,4 Mrd. Euro vor. Rd. 1/4 davon wurden bereits positiv be-

schieden – mit einer durchschnittlichen Bearbeitungszeit von 14 Tagen. Und die Masse dieser Förderung kommt kleinen und mittleren Betrieben zugute, während noch kein einziger Cent an Opel oder Schäffler geflossen ist. Im Übrigen nutzt die Unterstützung der Großen immer auch den Kleinen, denn hier herrschen sehr häufig enge Zuliefer- und Abnehmerverhältnisse. Der Zusammenbruch eines größeren Unternehmens könnte sehr schnell fatale Auswirkungen auf die von ihm abhängigen Mittelständler haben.

Ähnliche Kettenreaktionen drohen im Bereich der Leasing- und Factoringgesellschaften sowie der Warenkreditversicherer. Offensichtlich gehen sie in Folge der Wirtschaftskrise zunehmend dazu über, schlechtere Risiken auszusortieren. Den betroffenen Branchen oder Unternehmen drohen so gefährliche Liquiditätseingänge oder der Verlust von Aufträgen durch falsch verstandene Reputationsverlustsignale bei verunsicherten Geschäftspartnern. Deshalb führt das Wirtschaftsministerium derzeit intensive Gespräche mit dem Ziel solche mit hö-

heren Ausfällen bedrohte Risiken durch den Bund rückzüberbürgen.

Mit den beschriebenen Maßnahmen haben wir ein praktikables und effektives Instrumentarium geschaffen, um gerade dem Mittelstand in unsicheren Zeiten eine sichere Finanzierung zu gewährleisten. Wer als Unternehmen in schwieriges Fahrwasser gerät, sollte nicht scheuen, diese zusätzlichen Angebote zu nutzen. Informieren Sie sich rechtzeitig bei Ihrer Hausbank, den Kammern vor Ort oder der KfW! ■

Infokasten

www.investitionspaket.kfw.de

KfW-Telefonhotline für Unternehmen
01801 – 24 24 28

Hotline des Bundeswirtschaftsministeriums für von der Finanzkrise betroffene Mittelständler: 0180 5 615 007

MIT Greven Krise als Chance

Mit hochkarätigen Rednern hat sich die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Greven unter der Leitung ihres Vorsitzenden Dr. Christoph Kösters in Ihrer Jahresauftakt-Veranstaltung im Casino der Sahle-Gruppe erneut mit einem hochaktuellen Thema befasst, nämlich der Wirtschafts- und Finanzkrise. Aus den Reihen der MIT hat sich Dr. Dieter Jasper als mittelständischer Unternehmer und neuer Bundestagskandidat der CDU für den Kreis Steinfurt III aus seiner Sicht mit der Krise befasst. Er machte deutlich, für welche Politik er steht und wie er den Mittelstand dabei vertreten will. Im Mittelstand sieht er das Herzstück der Deutschen Wirtschaft, das gestärkt werden muss. Prof. Wim Kösters, der Mitglied im Vorstand des Rheinisch-Westfälischen-Instituts (RWI) für Wirtschaftsforschung ist, zeigte anschaulich die Einzigartigkeit dieser Krise auf, die im Vergleich zu anderen Krisen viele Besonderheiten aufzeigt. Dazu gehören die globalen Auswirkungen ebenso wie die expansive Geldpolitik, die ihr vorausgegangen ist. Er zeigte auf, dass mit einer nachhaltigen Belebung noch nicht ab Mitte des Jahres zu rechnen sei.

MIT Sankt Augustin Hoher Besuch bei der MIT

MIT-Vorsitzender Herbert Montexier empfing den Kanzleramtschef Dr. Thomas de Maizière und den CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Norbert Röttgen in der Niederpleiser Mühle, um über die weltweite Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen zu sprechen. Über 120 Gäste, darunter auch die Landtagsabgeordneten Andrea Milz und Ilka von Boeselager, Ex-Staatssekretär Friedhelm Ost und viele andere prominente Po-

litiker, Firmen- und Verbändevertreter in der Region waren der Einladung zum Unternehmer-MITtagstisch gefolgt, um de Maizière zum Thema „Verantwortung in der Krise“ zu hören. Der Kanzleramtschef schaffte es, das Spannungsfeld zwischen politischer, unternehmerischer aber auch bürgerlicher Verantwortung aufzuzeigen. Wohl überlegt etwas zu tun und nicht überzureagieren, aber auch helfen, wo es notwendig ist: Der Staat hat seine Verantwortung übernommen, diese Botschaft hat de Maizière den aufmerksamen Zuhörer vermittelt.



Von links: Andrea Milz Mdl, Dr. Norbert Röttgen MdB, Dr. Thomas de Maizière und Herbert Montexier.



MIT Bergkamen

Hubert Hüppe: „Finanzierung ohne Banken“

„Diese Veranstaltung kommt genau zur richtigen Zeit,“ freute sich der heimische Bundestagsabgeordnete Hubert Hüppe über die Einladung von Annette Adams, Vorsitzende der MIT Bergkamen, „denn in der jetzigen Finanzkrise sind gerade die kleinen und mittelständischen Unternehmen für jede Information dankbar, wie sie weiterhin Kredite zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe bekommen können.“ Dazu hatte die MIT mit der Bothe Steuerberatungsgesellschaft mbH und der ETL Unternehmensberatung fachkundige Unternehmen eingeladen, damit sie ihr Konzept der „Finanzierung ohne Banken“ vorstellen. Die 60 Gäste verfolgten gespannt die Ausführungen der Unternehmensberater, die an Hand einer virtuellen Firma namens „Max Murks“ einmal die gesamte Bandbreite einer konventionellen Kreditaufnahme und einer Kreditaufnahme ohne Banken durchspielten. Großen Raum nahm dabei das so-

genannte „Mezzanine Kapital“, Finanzierungsformen zwischen Eigenkapital und Fremdkapital ein. Eine zweite Möglichkeit, ohne Banken an frisches Kapital zu kommen, ist die „Factoring Finanzierung“ welches Frank Ryl und Herbert Prigge von der

ETL-Unternehmensberatung erläuterten. Kurz gestreift wurde auch die Kapitalbeschaffung durch Investitionszuschüsse, die herstellende Unternehmen bei neu einzurichtenden Arbeitsplätzen aus Fördermitteln erhalten können.



Von links: Marco Morten Pufke (CDU-Stadtverbandsvorsitzender), Wolfgang Bothe, Herbert Prigge, Frank Ryl, Annette Adams und Hubert Hüppe MdB

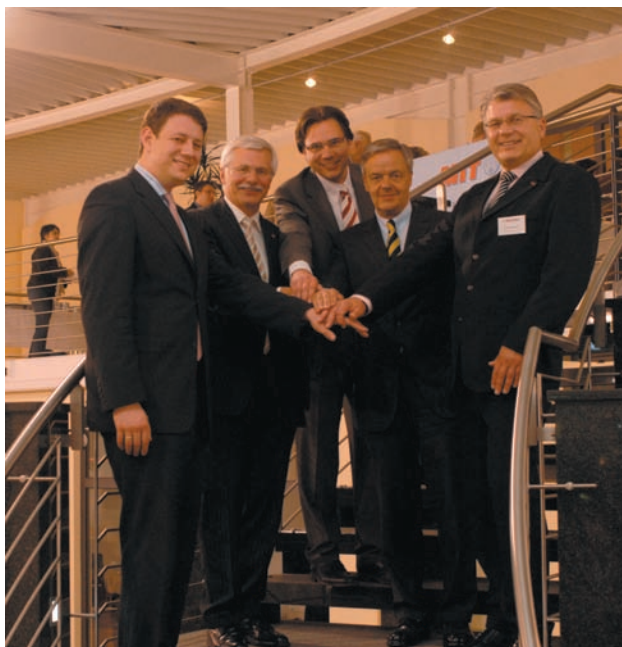
MIT Bezirk Ruhr

Konrad und Mißfelder: „Europa muss man machen“

„Selten ist auch in Zeiten der Abwrackprämie so viel Betrieb in einem Autohaus wie heute Abend bei Muermann hier in Kamen“, so formulierte es MIT-Bezirksvorsitzender Friedhelm Müller. Die großen Veranstaltung des Bezirksverbandes Ruhr zur Europawahl konnte mit dem Spitzenkandidat der MIT NRW zur Europawahl, Dr. Christoph Konrad MdEP, und dem JU-Bundesvorsitzenden Philipp Mißfelder gleich zwei Top-Politiker der Union präsentieren. „Europa – Herausforderung für den Mittelstand“ lautete das Motto des Abends. Konrad: „Dabei muss gerade Bürokratieabbau für die kleinen und mittleren Unternehmen im Vordergrund stehen. Wir müssen deutlich machen, dass die Europapartei CDU für ein bürgernahes Europa der Nationen und gegen ein allzuständiges, zentralistisches Europa steht.“ Er rief seine Mittelständler dazu auf, nun keinen Europawahlkampf „mit angezogener

Handbremse“ zu führen. „Ohne ein gutes Ergebnis bei der Europawahl hätten wir nicht den Rückenwind, den wir brauchen, um bei den Kommunal- und Bundestagswahlen für ein gutes Ergebnis der CDU zu

sorgen.“ Philipp Mißfelder, bekannte sich nicht nur zu diesen europapolitischen Positionen, sondern auch klar zu seiner wirtschaftspolitischen Ausrichtung und zur Sozialen Marktwirtschaft. „Es ging der CDU immer auch um die Definitionshoheit gegenüber linken Vorstellungen, was sozial ist und was nicht. Erhard war klar: Sozial ist, was Arbeit schafft. Und: Alles was sozial verteilt werden soll, muss vorher erwirtschaftet werden.“ Mißfelder sieht bei der CDU dort einen Kompetenzvorsprung, den es zu nutzen gilt. Die Leitlinien der Sozialen Marktwirtschaft, Freiheit des Einzelnen, Leistungsanreize und Aufstiegschancen, müssen noch mehr betont werden. „Wir müssen daher beispielsweise für Veränderungen im Arbeitsrecht kämpfen, damit neue Arbeitsplätze entstehen können. Die Rahmenbedingungen für den Mittelstand müssen attraktiver werden – die Übertragung der Erbschaftssteuer auf die Länder wäre ein konsequenter Schritt. Und wir brauchen ein verlässliches Steuersystem, das sich an den Vorgaben niedrig, einfach und gerecht orientiert.“



Kämpften in Kamen gemeinsam für den Mittelstand v.l. Philipp Mißfelder, Friedhelm Müller, Matthias Muermann (Autohaus Muermann), Dr. Christoph Konrad, Frank Murmann (MIT-Kreisvorsitzender Unna). Foto: Sascha Reetz

Thomas Jarzombek kämpft gegen die Verschwendung von 300 Mio. Euro Gebührengelder

Das Digital Audio Broadcasting, kurz DAB, ist ein digitaler Übertragungsstandard für terrestrischen Empfang von Hörfunkprogrammen, der Mitte der 90er Jahre eingeführt wurde. Über die gesamte bisherige Betriebsdauer hinweg, musste DAB mit großen Widerständen und mangelndem Erfolg kämpfen. Dabei wurden massiv Gelder aus den Rundfunkgebühren eingesetzt, um die Einführung von DAB als deutschen Digitalhör-funkstandard zu subventionieren. Rund 200 Mio. € an Subventionen sind in dieser ersten Phase der Etablierung in das Projekt geflossen. Am Ende wurde ein Marktanteil von 0,1 Prozent erreicht. Problematisch dabei ist also, dass trotz öffentlicher Förderung es nicht gelungen ist, ein ausreichendes Maß an Akzeptanz in der Bevölkerung beziehungsweise einen Wandel beim Kauf von entsprechenden Empfangsgeräten herzustellen. Eine Fortsetzung der DAB-Förderung im bisherigen Maße kommt demnach nicht in Frage. Die Einführung eines neuen terrestrischen Digitalradios, DAB+/2.0, die nach Aussage der WDR-Intendantin Monika Piel ca. 300 Mio. € kosten würde, muss daher an bestimmte Bedingungen geknüpft sein, fordert der medienpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Thomas Jarzombek MdL. „Wirtschaftliche Vernunft, statt naiver Technikgläubigkeit“ lautet die Prämisse, um zu



Medienexperte Thomas Jarzombek (rechts) zusammen mit Tom Mara bei KEXP in Seattle, WA

vermeiden, dass auch DAB 2.0 zu einer Subventionsleiche wird. Konkret eingefordert wird ein Nutzerakzeptanzplan vor einer endgültigen Beauftragung von DAB+. Es soll herausgefunden werden, wie viele Gebührengelder in den nächsten Jahren investiert werden müssen, um damit einen bestimmten Marktanteil zu erreichen. Nur wenn zu vertretbaren Kosten ein deutlicher Marktanteil erreicht werden kann, soll das Projekt in Auftrag gegeben werden. Sollten diese Ziele in den nächsten Jahren nicht erreicht werden, muss das Projekt automatisch in einem Exit-Szenario münden. Für die Festlegung einer Evaluationsklausel, die besagt, dass nach 2 Jahren das gesamte Projekt DAB 2.0 hinsichtlich der Akzeptanz in der Bevölkerung evaluiert werden muss, hat sich Jarzombek besonders eingesetzt, um da-

für Sorge zu tragen, dass die Gelder aus den Rundfunkgebühren sinnvoll, entsprechend der Konsumgewohnheiten eingesetzt werden. Am 25. April hat die Rundfunkkommission der Länder beschlossen, dieser Forderung nachzugehen und die Technische Kommission der ARD sowie die Landesmedienanstalten zu bitten, Mitte 2011 den Ländern einen entsprechenden Bericht hinsichtlich der Akzeptanz und der Verbreitungskosten vorzulegen. „Damit haben wir einen Pflöck eingeschlagen, damit nicht weitere 300 Mio. € für ein Projekt verschwendet werden, das die Menschen gar nicht wollen. Die Rundfunkgebühren sollen die Grundversorgung durch öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten gewährleisten und müssen sich dabei an den Konsumentenbedürfnissen ausrichten“, so Jarzombek. Ein besonderes Augenmerk muss hier zum Beispiel auf das Internetradio gelegt werden. „Bereits 10 Mio. Menschen hören Radio aus dem Internet, dies ist nicht mehr Zukunft sondern bereits Gegenwart.“ So soll nach Willen von CDU und FDP NRW zum Internetradio-Standort Nr. 1 in Deutschland werden. „Hier gilt es besonders Innovationen im Bereich der programmlichen und journalistischen Qualität zu fördern, denn Internetradio wird auf längere Sicht die Art, wie wir Radio hören, stark verändern und erfordert neue Inhalte“, so Jarzombek.

MIT Kaarst

Kaarster Mittelstandsvereinigung stellt Ziele vor

Die Mitgliederversammlung der MIT Kaarst war ein guter Anlass, die MIT-Ziele für die kommenden Jahre darzulegen. Vorsitzender Heijo Drießen hatte sich hochrangige Verstärkung hierzu besorgt: den Europaabgeordneten Karl-Heinz Florenz, der ausgiebig über die Problematik der Umsetzung von europäischen Richtlinien in Deutschland referierte. Seiner Erfahrung nach schießt die deutsche Politik sehr oft weit über die aus Brüssel vorgegebenen Ziele hinaus, was fast immer zu Wettbewerbsnachteilen heimischer, meist mittelständiger Betriebe führe. Damit stieß er bei den MIT-Vertretern auf offene Ohren. Die unbürokratische Vergabe von Bürgschaften und Krediten könnte seiner Meinung nach tausende Unternehmen

vor der Pleite retten. Franjo Rademacher forderte ein Umdenken im Bewusstsein von Politikern und Bevölkerung, wo Ideen einer „Reichensteuer“ auf Sympathie stoßen. Würde man in der aktuellen Lage die Un-

ternehmer mit zusätzlichen Abgaben belasten, seien Pleiten vorprogrammiert, da notwendiges Investmentkapital fehlen würde. Auf lokaler Ebene übte die Kaarster MIT Kritik, die besonders auf die mangelhafte Ver-



Von links: Franjo Rademacher, Hans-Willi Wesemüller, Heijo Drießen, Karl-Heinz Florenz, Thorsten Schmitter und Ansgar Heveling

kehrssituation abzielte. Ein Aus- und Umbau der Ortszufahrten nach Vorst und Holzbüttgen, besonders im Bereich der Regiobahn-Überquerungen sei dringend voranzutreiben. Sorgen bereitet auch die Attraktivität der Kaarster Innenstadt. „Das Niveau muss steigen“, so lautet das Motto hier. Außerdem auf der Agenada: eine schnelle Internetverbindung im Bereich Holzbüttgen und Vorst.

MIT Bezirk Niederrhein

Mittelständisches Stadtfernsehen am Niederrhein: CityVision

Seit Januar hat Mönchengladbach und Umgebung ein eigenes Stadtfernsehen. Mehr als 115.000 Haushalte mit analogem oder digitalem Kabelnetz in Mönchengladbach, im Kreis Viersen, in Erkelenz, Grevenbroich, Korschenbroich und Jüchen empfangen das lokale Fernsehen von 16.00 Uhr bis Mitternacht. Geschäftsführer Thomas Manglitz empfing jetzt den Vorstand der MIT Bezirk Niederrhein unter Vorsitz von Michael Darda. Der Medienunternehmer gab einen Überblick über den doch recht langen Weg des Senders von der Idee her bis hin zum Startsendetermin. Manglitz ist seit einigen Jahren als Filmproduzent tätig und hat sich in diesem Segment schon ein tragfähiges Standbein geschaffen. Den Bedarf an Regionalfernsehen hat er sehr schnell erkannt und das Unternehmen CityVision gegründet. Trotz der allgemein schwierigen wirtschaftlichen Situation wurde ein guter Start hingelegt. Die regionale Wirtschaft findet einen festen preiswerten



Der Bezirksvorstand mit Thomas Manglitz (Fünfter von rechts)

Platz für Ihre Werbung und erreicht die Konsumenten mehrfach am Tag, da die Sendeblocke wiederholt werden. Stadtfernsehen ist ganz sicher ein Medium, das auch für die anderen Kreise und am Niederrhein interessant ist, meint Maik Giesen. Warum soll man nicht von Mönchengladbach ler-

nen. Im Anschluss an die Besichtigung des Senders, fand die Vorstandssitzung der MIT Niederrhein statt. Haupttagesordnungspunkt war die aktuelle Bundespolitik, zu der der stellvertretende Vorsitzende, Dr. Günther Krings MdB, mit aktuellen Zahlen und Fakten aufwartete.

MIT Paderborn

„Die Zeche zahlen später wir“

Auf Einladung des Vorsitzenden der MIT Paderborn, Friedhelm Koch, kam der Mindener Bundestagsabgeordnete Steffen Kampeter als Gastredner und stellte sich teilweise scharfer Kritik. Im Superwahljahr 2009 sind einige Mitglieder der MIT unzufrieden mit dem politischen Kurs der CDU. „Das Schlimmste ist, dass wir als Mittelständler später die Zeche dafür zahlen müssen, dass jetzt so viel Geld in die Systeme gepumpt wird“, machte Koch deutlich. Kampeter, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, will angesichts der bevorstehenden Wahlen symbolisch den Kampfanzug anziehen. „Wir müssen uns zurückbeziehen auf Zeiten des Wiederaufbaus und der Wiedervereinigung und auf die Maßstäbe der sozialen Marktwirtschaft“, forderte er und machte keinen Hehl daraus, dass ihm die aktuellen Umfragewerte nicht gefallen. Er wünscht sich ein Wahlergebnis von 40 Prozent plus x. Die Zeiten fauler Kompromisse seien zumindest für ihn vorbei. Dem stimmte Dr. Carsten Linneemann, CDU-Bundestagskandidat für Paderborn, zu und kündigte an, als MIT-Mitglied klare Positionen zu beziehen. Kampeter

sieht zwar eine zunehmende Skepsis gegenüber den Wirtschafts- und Sozialsystemen, aber eine Krise der Sozialen Marktwirtschaft sehe er nicht. „Ich will mit Sparsamkeit und nicht mit Bankrott oder Inflation aus der

Schuldenfalle“, betonte er. Staatliche Interventionen müssen befristet werden, denn der Staat kann und darf nicht alles regeln. „Wohlstand entsteht nur durch offene Märkte.“

Erfolg für die Regionale Wirtschaftsförderung

Die in der Märzangabe des NRW-Reportes von der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung geforderte „Regionale Wirtschaftsförderung in der Rezession“, ist nun von Wirtschaftsministerin Christa Thoben auf den Weg gebracht worden. Die NRW-Landesregierung hat sich dafür eingesetzt, dass die Rückforderungspraxis von Zuwendungen bei Verfehlungen von Arbeitsplatzzielen gelockert wird. Dies ist auch in anderen Bundesländern auf Zustimmung gestoßen, so dass der Bund im Einvernehmen mit den Ländern festgestellt hat, dass die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise marktstrukturelle Veränderungen nach sich zieht, die einen entsprechend größeren Ermessensspielraum erfordert und es den Ländern ermög-

licht, von einer Rückforderung ganz oder teilweise abzusehen, wenn das Arbeitsplatzziel nicht erreicht werden konnte. Diese Betrachtungsweise wird künftig bei Rückforderungen, die in einem zeitlich-kausalen Zusammenhang mit der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise stehen, zugrunde gelegt. Voraussetzung ist, dass das geförderte Unternehmen keine eigene Verantwortung trifft. In jedem Einzelfall wird allerdings geprüft werden, ob stattdessen nicht eine Verlängerung der Bindungsfrist für die geförderten Arbeitsplätze in betracht kommt. Mit dieser Lösung ist ein guter Weg gefunden worden, um die nötige Flexibilität zu schaffen und dem Mittelstand zusätzliche Belastungen in dieser Krisensituation zu ersparen.

Personen/Vorstände

MIT Kreis Mettmann

Wolfgang Leyendecker bleibt Kreisvorsitzender der MIT Mettmann. Zu Stellvertretenden Vorsitzenden wählte die Mitgliederversammlung Bernd Roller und Herbert Kümper. Schatzmeister ist Michael Kühn, sein Stellvertreter Folke Schmelcher. Geschäftsführer bleibt Guido Wacker.



Von links: Bernd Roller, Wolfgang Leyendecker, Harald Giebels MdL, Christian Weisbrich MdL, Hans-Dieter Clauser MdL und Herbert Kümper

MIT Steinheim-Nieheim-Marienmünster

Für zwei weitere Jahre wurde der Vorstand der MIT des Stadtverbandes Steinheim-Nieheim-Marienmünster einstimmig in seinem Amt bestätigt. Als ersten Vorsitzenden wählten die Mitglieder Alfred Gemmeke, als zweiten Vorsitzenden Stefan Dreier. Mit der Aufgabe des Schriftführers und Pressesprechers wurde wieder Karl Simonowski betraut. Einstimmig wurden als Beisitzer Klaus Köller, Hans Georg Peine, Walter Rieks, Dirk Siekendiek, Volker Sieland, Jürgen Spier, Michael Spier, Norbert Stolte, Olaf Strato, Markus Struck und Elmar Suck-



Von links: Michael Spier, Hans Georg Peine, Dirk Siekendiek, Walter Rieks, Markus Struck, Norbert Stolte, Volker Sieland, Olaf Strato, Karl Simonowski, Alfred Gemmeke, Klaus Dieter Leßmann (MIT Kreisvorsitzender), Stefan Dreier, Elmar Suckfüll, Jürgen Spier, Klaus Köller

füll als Internetbeauftragter gewählt. Zuvor konnte Alfred Gemmeke auf eine erfolgreiche Vorstandarbeit zurückblicken. 14 Veranstaltungen, darunter Treffen mit Landrat Hubertus Backhaus und MdB Jürgen Hermann, sowie zahlreiche Firmenbesichtigungen und ein Besuch des IAA Messestandes der Firma Spier waren auf dem Programm zu finden. Als besonders erfreulich galt, dass in den letzten zwei Jahren 14 neue Mitglieder der MIT beigetreten sind.

MIT Würselen

In Würselen ist auf Einladung des CDU-Kreisverbandes eine weitere Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung gegründet worden. Vorsitzender wurde Georg Lompa. Sein Stellvertreter ist Herbert Kaussen-Lingers. Als Geschäftsführer wurde Hans-Josef Bülles und als Kassierer Wilfried Dahmen gewählt. Manfred Wirtz komplettiert den Vorstand als Beisitzer.

MIT Werne

Nach 24 Jahren übergab der bisherige Vorsitzende der MIT, Carl Reckers, die Verantwortung für den MIT-Vorsitz in jüngere Hände, an seinen bisherigen Stellvertreter, Klaus-Jürgen Buse. MIT-Kreisvorsitzender Frank Murmann brachte es in seinem Grußwort auf den Punkt: „Vor dieser Leistung kann man nur den Hut ziehen, denn mit dem Namen Carl Reckers verbindet man hier automatisch auch die MIT.“ Dank der hervorragenden Arbeit, die die wirtschaftspolitischen Interessen der heimischen Betriebe immer in den Vordergrund gestellt hatte, konnte Reckers die Werner MIT zu einer der mitgliederstärksten Orts-Vereinigungen mit aktuell 172 Mitgliedern führen. Die anwesenden MITler würdigten bei der Jahreshauptversammlung die Verdienste des scheidenden Vorsitzenden mit der Ernennung zum Ehrevorsitzenden. Reckers verabschiedete ebenfalls seinen Vorstandskollegen und Geschäftsführer Karl-Heinz Hörstrup, der das Amt des Schatzmeisters und Kassierers fast 30 (!) Jahre lang ausgefüllt hatte. Gleichzeitig dankte Reckers auch seinem Stellvertreter Robert Böcker, der nach langer Mitarbeit im Vorstand der MIT seinen Posten zur Verfügung stellte. In



Klaus-Jürgen Buse (Mitte) mit seinen Stellvertretern Willi Neuhaus (links) und Ekkehard Dürr.

den weiteren Wahlen wurden Ekkehard Dürr als stellvertretender Vorsitzender und Geschäftsführer sowie Willi Neuhaus als stellvertretender Vorsitzender neu bestimmt. Neuvorsitzender Klaus-Jürgen Buse: „Volle Konzentration gilt nun den laufenden Wahlkämpfen in diesem Jahr, insbesondere natürlich der Kommunalwahl und der Bundestagswahl“, bei der man Laurenz Meyer tatkräftig unterstützen werde. Meyer hatte es sich an diesem Abend nicht nehmen lassen, die Verabschiedung von Carl Reckers zu begleiten und reihte sich in die Schar der Laudatoren gerne ein.

MIT Tecklenburger Land

Auch im Kreis Steinfurt wurde ein neuer MIT-Verband gegründet: Die MIT Tecklenburger Land. Die Gründungsmitglieder sind der Landtagsabgeordnete Wilfried Grunendahl, der stellvertretende Landrat im Kreis Steinfurt Bernhard Hembrock, der CDU-Bundestagskandidat Dr. Dieter Jasper, der Europaabgeordnete Markus Pieper sowie Susanne Kneissel. Unter dem Motto „Der Mittelstand als Garant für eine Soziale Marktwirtschaft“ versteht sich die MIT Tecklenburger Land als Vermittler in Fragen der Mittelstandspolitik zwischen dem



Die Gründungsmitglieder der MIT Tecklenburger Land



lokalen und regionalen Mittelstand auf der einen und der Politik auf Kommunal-, Landes-, Bundes- und EU-Ebenen auf der anderen Seite. Denn „Mittelstandspolitik ist Gesellschaftspolitik“, so die MIT Tecklenburger Land.

MIT Tönisvorst

Bei der Vorstandsneuwahl in Tönisvorst wurde Elke Stiegen zur neuen Vorsitzenden der MIT gewählt. In der Stadtverbandsgeschichte ist sie die erste Frau, die an der Spitze der Vereinigung steht. Auch im gesamten Bezirk Niederrhein gibt es derzeit keine weitere Frau, die einen Stadt- oder Kreisverband führt. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Maik Giesen und Bandik Lorenzen gewählt. Geschäftsführer ist Markus Daniels, Schatzmeisterin Regina Bormann. Die Beisitzer Reinhard



Von links: Regina Bormann, Maik Giesen, Elke Stiegen, Bandik Lorenzen, Markus Daniels

Bismanns, Sonja Bölte, Annette Hegger, Gregor Heidenfels, Dominique Huth, Robert Kleta, Armin Ogilvie, Uli Peeren, Antje Wagner und Uli Weckauf komplettieren den Vorstand. Wir gratulieren Frau Stiegen zu Ihrer Wahl zur Vorsitzenden der MIT Tönisvorst und wünschen Ihr und den weiteren Vorstandsmitgliedern gutes Gelingen bei der Arbeit im Namen des Mittelstands!

MIT Willich

Die MIT Willich hat ihren Vorstand neu gewählt. Stefan Simmnacher wurde einstimmig als Vorsitzender bestätigt. Neue stellvertretende Vorsitzende sind Britta Bollmann und Uwe Rieder, der zugleich auch die Pressearbeit der MIT betreut. Als Geschäftsführer bestätigte die Mitgliederversammlung Gregor Krebs. Der geschäftsführende Vorstand wird unterstützt



Dr. Josef Schlarmann (2. von links) zusammen mit Mitgliedern des MIT-Vorstandes: (von links:) Jürgen Schönfisch, Stefan Simmnacher, Britta Bollmann, Uwe Rieder, Harri Schultze, Frank Andreas Heublein

von den Beisitzern Ursula Bloser, Reinhard Efkes, Frank Andreas Heublein, Marc Heuser, Harri Schultze und Michael Wankum. „In den vergangenen zwei Jahren haben wir viel für die Willicher Wirtschaft bewegt, von spannenden Diskussionsveranstaltungen über die Initiierung des Berufsinformationstages zusammen mit der Wirtschaftsförderung bis hin zum Anstoß für schnellere DSL-Leitungen für die

Gewerbegebiete“, freut sich Stefan Simmnacher, „auch in Zukunft werden wir als Partner des Mittelstandes am Ball bleiben und Entwicklungen in Willich in Schwung bringen.“ Umrahmt wurde die Mitgliederversammlung von mehreren Veranstaltungen zusammen mit dem MIT Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann.

MIT Kaarst

Die Neuwahlen des Vorstandes des mit 230 Mitgliedern größten Stadtverbandes der MIT in NRW bestätigten den bisherigen, sehr erfolgreich arbeitenden MIT-Vorsitzenden Heijo Drießen einstimmig. Thorsten Schmitter und Hans-Willi Wesemüller sind seine neuen Stellvertreter, außerdem sind in den Vorstand berufen: Lissa Graef, Heike Reiß, Günter Becht, Manfred Boltendahl, Horst Indenhuck, Dieter Kirchhartz, Markus Steins und Maximilian March. Die beiden CDU-Stadtverbandsvorsitzenden Lars Christoph und Franjo Rademacher sind als MIT-Mitglieder kooptiert.

Neues aus dem PKM im Bundestag:

Erbschaftsteuer wirkt in Krise als Brandbeschleuniger

Der Parlamentskreis Mittelstand (PKM) hat darauf hingewiesen, dass die am 1. Januar in Kraft getretene Erbschaftsteuerreform in der aktuellen Wirtschaftskrise droht, für viele Unternehmen zur existenzgefährdenden Belastung zu werden. Hintergrund ist die Kopplung des Steuererlasses an die weitgehende Beibehaltung des bisherigen Beschäftigungsstands. Führt der Erbe die Firma sieben Jahre fort, bleiben 85% des Betriebsvermögens nur dann verschont, wenn sich die Lohnsumme in diesem Zeitraum auf mindestens 650% der Lohnsumme zum Erbzeitpunkt addiert. Bei kompletter Befreiung müssen sogar 1.000% über 10 Jahre gehalten werden. Jetzt zeigt sich, dass kein Familienunternehmen in echten Rezessionszeiten diese Vorgabe garantieren kann. Vielmehr muss in den kommenden Monaten branchenübergreifend mit einem deutlichen Stellenabbau gerechnet werden. Besonders heikel dabei ist, dass Firmen auch dann bestraft

werden, wenn sie das von der Bundesregierung stark propagierte Kurzarbeitergeld nutzen. Denn auch damit wird die Lohnsumme zumindest vorübergehend abgesenkt. Nach Ansicht des Wirtschaftsflügels der Unionsfraktion wird deutlich, dass die jüngste Erbschaftsteuerreform ein reines Schönwettergesetz ist. Pro Jahr werden rund 30.000 Unternehmen vererbt. Trifft sie jetzt in einer so dramatischen konjunkturellen Situation eine höhere oder gar die volle Steuerlast, bedroht dies unter Umständen die Existenz vieler Mittelständler. Der PKM hatte sich in den Verhandlungen zur Erbschaftsteuerreform für deren vollständige Abschaffung bzw. ihre Ersetzung durch ein Niedrigtarifkonzept, mindestens aber deren Föderalisierung eingesetzt. Die Mittelstandspolitiker von CDU/CSU fordern Bundesfinanzminister Steinbrück auf, nun wenigstens kurzfristige Nachbesserungen bei der Lohnsummenbindung vorzunehmen.

EU-Parlament stärkt KMU

Dr. Christoph Konrad, MdEP, stellv. Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand der EVP-Fraktion (SME-Circle) und Stellv. Vorsitzender der MIT NRW

Insgesamt 23 Millionen kleine und mittlere Unternehmen (KMU) leisten den Hauptbeitrag bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze und zu Wirtschaftswachstum in der EU. Trotzdem sehen sie sich häufig mit schwierigen Bedingungen konfrontiert. Vor dem Hintergrund der fortschreitenden politischen Integration von inzwischen 27 sehr unterschiedlichen Mitgliedsstaaten hat die EU durch Verordnungen und Richtlinien einen komplexen rechtlichen Rahmen in zahlreichen Politikbereichen geschaffen. Teilweise sind diese europäischen Regelungen kompliziert und kostenintensiv und werden noch durch zusätzliche nationale Vorgaben verschärft. Dadurch werden die Unternehmen belastet, sei es etwa bei Genehmigungen von Maschinen, bei der Bewerbung um EU-Fördermittel oder bei der Teilnahme an Ausschreibungen für öffentliche Aufträge. Die EU hat dieses Problem erkannt und mit dem „Small Business Act“ von 2008 ein umfassendes Grundgesetzprogramm für KMU-Interessen aufgelegt. Deren Belange sollen künftig bei der Konzeption aller EU-Politiken und -Rechtsvorschriften in sämtlichen Bereichen berücksichtigt werden, damit Gesetze von vornherein effektiv und möglichst einfach konzipiert werden. Auf der Grundlage von zehn Grundsätzen sollen Politikmaßnahmen auf der Ebene der EU und wie auch der Mitgliedstaaten ein unter-



Dr. Christoph Konrad MdEP (links) mit seinem Wahlkampfteam

nehmensfreundliches Umfeld gestalten. Das europäische Konjunkturpaket, das die EU-Staaten im Dezember 2008 als Antwort auf die aktuelle Wirtschaftskrise geschnürt haben, legt ebenfalls einen deutlichen Schwerpunkt auf diese Grundsätze für den Mittelstand. Dazu gehören vor allem die Erleichterung des Zugangs zu finanziellen Mitteln, EU-Fördergeldern, staatlichen Beihilfen und Bürgschaften. Angesichts der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Europäische Investitionsbank (EIB) die Finanzmittel für Mittelständler bereits um 30 Milliarden Euro für die nächsten 2 Jahre aufgestockt. Der Marktzugang für KMUs wird z.B. durch die Schaffung der „Europäischen Privatgesellschaft“ sowie umfassende EU-Netzwerke verbessert, damit mehr Unternehmen vom Binnenmarkt profitieren und einfacher grenzüberschreitend tätig werden können. Besonders im Dienstleistungssektor liegen Chancen

für Innovation und Wachstum für den Mittelstand, wofür die EU Kooperationen zwischen Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen fördert. Hier wie in allen anderen Fällen sind vor allem auch die nationalen Stellen und die Hausbanken gefragt. Schließlich ist spürbarer Bürokratieabbau in der aktuellen Situation ein wichtiger Teil der Antwort auf die schwere Finanz- und Wirtschaftskrise, um europäische Unternehmen weltweit wettbewerbsfähig zu halten. Seit 2005 wurden rund 1.300 Vorschriften überprüft und entweder abgeschafft oder durch knappere Regelungen ersetzt; wo immer möglich wurden auch mehrere Regeln zu einer Gesetzesvorlage gebündelt. Dies entspricht einem Abbau von ca. 10 % des gesamten Rechtsbestandes der EU, und man geht dadurch von Ersparnissen von rund 30 Milliarden Euro für Unternehmen, Bürger und staatliche Stellen aus. In der engen Kooperation der Regierungen der EU-Staaten mit der Kommission in der Mittelstandspolitik liegen große Chancen. Auch und gerade das EU-Parlament – und hier vor allem die christdemokratischen Vertreter – tragen durch ihre direkten Kontakte zu Unternehmern vor Ort entscheidend dazu bei, dass ihre Interessen stärker berücksichtigt werden und die Maßnahmen der Mittelstandspolitik ganz oben auf der politischen Tagesordnung bleiben.

Impressum

Herausgeber: Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW

Redaktion: Klaus Gravemann (verantwortlich), Stefan Simmnacher, Julia Lüdecke

Postfach 20 02 80, 40100 Düsseldorf, Wasserstraße 5, 40213 Düsseldorf, Tel.: 02 11–1 36 00 43/44/45, Fax: 02 11–1 36 00 42/8 54 95 97

Internet: <http://www.mit-nrw.de>, e-mail: info@mit-nrw.de

Verlag & Gestaltung: Mittelstands-Verlags-gesellschaft mbH, Martin-Luther-Straße 2–6, 53757 Sankt Augustin, Tel.: 022 41/91 33-0, Fax: 91 33 33

Druck: Evers-Druck, Meldorf